

Sächsische Volkszeitung

ersch. täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis: 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgeb.) für Dresden.
Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudorfstr. 10.
Abonnementspreis: 18 Mk. —

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Zeile, Bestelle die 6. Zeile, deren Raum mit 15 J.
Rechnen mit 50 a die Zeile, b. Bredsch. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20.
Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudorfstr. 10.

r. Also doch eine Kanzlerkrisis.

Zu Anfang der Woche konnten wir noch in Zweifel ziehen, daß wir vor einer Kanzlerkrisis stehen; heute läßt es sich nicht mehr leugnen. Wir haben mit einem Wechsel im Reichskanzleramt zu rechnen und es ist nur noch fraglich, ob dieser einige Wochen früher oder später eintritt. Das „Verl. Tagebl.“ überraschte am Donnerstagabend die Öffentlichkeit mit der Meldung, Anfangs hielten wir die Nachricht für Sensationemache und registrierten sie nicht in unserer Zeitung. Aus einer Unterredung unseres Berliner Mitarbeiters mit einer Seite, die es wissen kann und wissen muß, geht jedoch hervor, daß die Tage des Fürsten Bülows tatsächlich geglaubt sind und wir in absehbarer Zeit mit dem Abschied des Reichskanzlers zu rechnen haben. Die Ursache seines Rücktritts ist sowohl in persönlichen wie in politischen Gründen zu suchen. Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers ist während der Erholungszeit ein guter geworden. Es hat zwar nicht an Schwankungen gefehlt, aber im allgemeinen konnte der Reichskanzler nach dem schweren Ohnmachtsanfall zufrieden sein. Allerdings hat die Gesundheit noch nicht die Probe aufs Exempel gemacht; jetzt droht eine Nierenarbeit und politische Verwicklungen sind zu lösen; ob hier die Gesundheit standhält, ist eine andere Frage. Es ist in vertrauten Kreisen längst bekannt, daß die Fürstin Wilow auf den Abschied hindrängt; sie will, daß ihr Gemahl sich schont und rechnet mit einer solchen Schonung während der Kanzlerschaft nicht. Der Fürst hingegen will erst die Probe machen und sehen, inwieweit seine Gesundheit den vielen Strapazen standhält, und daher kommt es, daß in manchen Kreisen mit einem Rücktritt erst in zwei Monaten gerechnet wird, weil es sich eben doch zeigen werde, daß Bülow nicht so gesund ist, wie er selbst es meine und hoffe.

Nicht verkennen läßt sich, daß auch politische Ursachen hineinspielen und daß namentlich die von uns gestern gemeldete Genehmigung des Entlassungsgesuches von Bobbielski das gesamte Ministerium erschüttert hat. Die „Nat.-Zeitg.“ hängt zwar noch an der Vergangenheit und meint: „Der Mann, den sie am 5. April frank aus dem Reichstoge hinausstrugen, mag auf den gelindesten Beinen der Welt zurückkehren: er wäre kühner als zuvor, käme er an die Gesellschaft des Herrn von Bobbielski gebunden zurück.“ Das sind die Tatsachen, die — in welcher Form immer gekleidet — in den letzten Wochen von Tugenden von Plättern und Tadeln von Politikern festgestellt worden sind. — Zu allem Ueberflusse meldet auch noch das Organ des Bundes der Landwirte: „Die gestrige Nachricht des „Verl. Lokalanzeigers“, daß das Abschiedsgesuch des Landwirtschaftsministers genehmigt worden sei, ist unzutreffend. Wie wir bestimmt wissen, ist die Genehmigung bisher noch nicht erfolgt. Das genannte Lokalanzeiger ist sonach einer Irreführung oder einem Mißverständnis zum Opfer gefallen.“ Er soll deshalb ein zweites Abschiedsgesuch an den Kaiser gerichtet haben. Wenn die Nachricht des „Verl. Lokalanzeigers“ sich bewahrheitet, Herr von Bobbielski sei so nervös krankhaft erregt, daß ihm schon das geringste von außen hereinbringende Geräusch eine körperliche Unbehaglichkeit verursacht, er sei so krank Ende der Woche auf sein Gut zurückgekehrt, daß er „aus dem Eisenbahnwagen getragen werden mußte“ und am 9. d. M. „zum ersten Male auf eine Bierstunde aus dem Bette gehoben worden“ sei — so begreifen wir nicht, warum die Demission eines so Kranken Marces nicht erfolgt. Freilich setzt das Blatt vorsichtigerweise bei: „Herr von Bobbielski fürchtet, daß Monate vergehen, ehe das Ministerium seinen sich wieder völlig beruhigt haben werden.“ Er befindet sich also in der gleichen Lage, wie der Reichskanzler zur Zeit seines schweren Ohnmachtsanfalls: ein Urlaub von mehreren Monaten kann den Minister wieder gesund machen. Vielleicht geht die Richtung da hinaus. Inzwischen hätte der Groß der zwar kleinen, aber einflussreichen Bahl jener, die ihn halten wollen, Zeit, ihre Mienen gegen den Reichskanzler weiter spielen zu lassen, falls seine Stellung noch nicht ganz untergraben sein sollte.

Man schaut bereits eifrig nach dem kommenden Mann aus und nennt niemand anders als den Generalstabschef Helmuth von Moltke einen Reffen des großen Schwabers und Feldmarschalls. Die „Nordd. Allgem. Zeitg.“ demotiert diese Gerüchte folgendermaßen:

„Gleichzeitig mit der gestern von uns veröffentlichten Zurückweisung grundloser Gerüchte über die sogenannte Entlassung des Reichskanzlers ist in einem freisinnigen Blatte ein Artikel erschienen, worin der Kaiserliche Hof behandelt wird und der Chef des Generalstabes General v. Moltke unter herabwürdigendsten Behauptungen über eine Weisheit und unter Wiederaufwärmung einer längst als unwahr gekennzeichneten Anekdote aus dem Simplissimus als Nachfolger des Fürsten Bülow genannt wird. Man kann es nur aufs Schärfste verwirren, daß der Name eines Generals, der als Soldat dem vortischen Metriele völlig fern steht, ohne den Schatten eines Bundes in tendenziöser Weise als der kommende Mann in den politischen Tagesstreit gezogen wird. Wir sind zu der Hoffnung ermächtigt, daß die Gerüchte über den Chef des Generalstabes der Armees jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.“

Man wüßte auch in der Tat nicht, was Moltke für das Reichskanzleramt als geeigneten Mann empfehlen sollte. Er stand beim Kaiser in hoher Gunst; die letzten Kaisermandate soll er großartig geleitet haben; mehr weiß man von ihm nicht. Erfolgte seine Ernennung, so wäre das eine sehr scharfe Präzisierung der Nationalliberalen, die dann ganz im Sande lägen. Sie haben seit 14 Tagen den schärfsten Kampf dem „persönlichen Regiment“ angefangen, nun käme ein Mann ans Ruder, der lediglich dem persönlichen Willen

des Kaisers sein Amt verdankt, der weder durch seine jetzigen Erfahrungen noch durch seine Erfolge eine besondere Befähigung hierfür erwiesen hat. Es würde diese Ernennung der Trumpf auf den Ruf nach der Vereinfachung des persönlichen Regiments sein, aber auch ein voller Erfolg des Hofschranzentrums und der Hofkonservativen. Moltke ist Ostpreuße mit allen Börsen seines Herzens und steht somit Rußland näher als ganz Westeuropa; er gilt als Reaktionär und Scharfmacher erster Güte. Der General sollte das Deutsche Reich herrlichen Zeiten entgegenführen, selbstverständlich nur als stumme Figur neben dem Leiter des Reichswagens. Der Kaiserposten wäre damit aber zu einem Bekleidungsstück herabgesunken. Wie lange sich das im Bundesrat vertragen würde, haben wir nicht zu untersuchen, wohl aber dürfen wir aussprechen, daß sich an einen solchen Reichskanzler im Reichstoge scharfe Auseinandersetzungen anschließen würden. Man wird nicht behaupten wollen, daß diese Lösung der gespannten Lage einen Ausgleich bedeutete, sondern man müßte eher sagen, daß es einfach ein Durchhauen des Knotens wäre, das aber neue Trümmer übrig läßt, wo die Fäden weiter gesponnen werden sollen.

So steht derzeit die politische Situation auf Sturm; dieser kann jeden Augenblick losbrechen, er kann aber auch erst in den parlamentarischen Weihnachtsferien sich einstellen, falls nicht gewisse „Wohlfühlzeiten“ untermutet dazwischen fahren. Das Zentrum hat kein Interesse an einem Kanzlerwechsel, da es eine reine Volkspartei ist, deren Kraft im Volke ruht und nicht an Fürstentöfen, wo der Wind so oft und rasch wechelt. Aber eine solche Partei kann gegenüber neuen Männern auch erhöhte Aufgaben haben und diese bestehen hier in erster Linie in der Erhaltung des Reichstagswahlkörpers. Wenn ein zukünftiger Kanzler hiervon abnagen wollte, so würde er auf Granit beißen und die Bühne verlieren. Heute ist die erste Garantie für Erhaltung und Kräftigung des Reiches nicht das Bündnis der Bundesstaaten, sondern der deutsche Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes.

Politische Mundschau.

Dresden, den 11. November 1906.

— Prinz Joachim Albrecht von Preußen ist, wie wir gemeldet haben, in die kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika veretzt worden und dürfte schon mit einem der nächsten Schiffe dorthin abgehen. Man wird nicht verfehlen, diese Veretzung mit Gerüchten, die vor wenigen Tagen über eine Verheiratung des Prinzen verbreitet waren, in Verbindung zu bringen. Der Prinz sollte sich hiernach mit einer Dame vom Theater verheiraten, was allerdings wieder demotiert worden ist. Auffallend ist die Veretzung nach Südwestafrika, zumal der Prinz erst 1904 auf ein Linien Schiff kommandiert worden war. Schon die Art der Meldung dieser Verheiratung muß überraschen; alle anderen Offiziere, die seither nach Südwestafrika gingen, haben sich freiwillig dorthin begeben, sie haben sich freiwillig gemeldet; der Prinz aber ist dorthin „veretzt“ worden, was nicht auf eine freiwillige Meldung schließen läßt. Wie ein Berichterstatter meldet, soll Prinz Joachim Albrecht von Preußen schon in nächster Zeit zum Oberstleutnant befördert werden. Er gilt als Nachfolger des Obersten Teimling, der zurückkehrt, sobald die Ruhe in Deutsch-Südwestafrika so weit wieder hergestellt ist, daß sich die Verminderung des Kontingents durchführen läßt. Man muß sich auch fragen, was denn ein Prinz-Major dort noch tut, nachdem der Krieg aus ist.

— Montag, den 19. November werden im Reichstoge die Kolonialdebatten ihren Anfang nehmen.

— Bei einem Abschiedsmahle für den scheidenden Bezirkspräsidenten Prinzen Alexander zu Hohenlohe in Colmar, an dem die Mitglieder des Bezirkspräsidiums, sowie die Kreisdirektoren und Regierungsdirektoren des Oberlohs teilnahmen, verabschiedete sich der Prinz mit herzlichen Worten von seinen Beamten. Er gesteht offen, daß er ungern von seinem Posten scheidet, den er lieb gewonnen habe. Gerade in letzter Zeit seien wichtige Aufgaben in Angriff genommen worden, die er noch gern ihrem Ende entgegengeführt hätte. Zu einem vollendeten Bureaukraten fehle ihm ja viel, aber das Zeugnis müße ihm jeder ausstellen, daß er der Arbeitsfreudigkeit seiner Beamten nie hindernd in den Weg getreten sei und sie stets einen Rückhalt in ihm gehabt hätten. Prinz Hohenlohe bekam den blauen Vogen wegen der erfolgten Veröffentlichung der Memoiren seines Vaters.

— Wechsel im Kolonialreferat. Eine Anzahl von Blättern weiß zu berichten, daß der Abgeordnete Prinz Arenberg das von ihm seit 16 Jahren innegehabte Kolonialreferat niederzulegen gedente und daß der Abgeordnete Erzberger dieses übernehmen werde. Nun ist es ja richtig, daß Prinz Arenberg leider wieder erkrankt ist, daß auch der Arzt ihm schon letzten Winter die Kommissionsleistungen untersagen mußte; ob er deshalb sein Referat weiterführen kann, ist sehr fraglich; aber wer an seine Stelle tritt, darüber ist noch gar nichts beschlossene; die Zentrumskraktion wird erst hierüber Beschluß fassen. Die Meldungen der liberalen Blätter sind also sehr verfrüht, und wenn der Abgeordnete Erzberger Berichterstatter wird, dann kann man lediglich das eine hieraus entnehmen, daß künftig große Starkarbeit bei den Kolonien obwalten wird, was im Interesse des Mutterlandes liegt.

— Außer den gewöhnlichen Denkschriften, die alljährlich

wiederkehren, werden dem Reichstoge auch einige außerordentliche Denkschriften unterbreitet werden. Darunter ist eine über das Kartellwesen, über die Einführung eines Vergleichsverfahrens im Konkursrecht und über die Zuchtans- und Gefängnisarbeit und die Vorbedingungen einer etwaigen Neuorganisation. Ob das Reichsamte des Innern in Ausführung einer früher gehegten Absicht, dem Reichstoge eine Denkschrift über die Verhältnisse der Privatbetriebe zu legen wird, hängt davon ab, ob der Abschluß der betreffenden schon längere Zeit dauernden Arbeiten sich bald wird durchziehen lassen. Es handelt sich bei dieser Denkschrift um eine Vorarbeit für eine etwaige Erweiterung des staatlichen Versicherungszwanges.

— Deutschland und Serbien. Die politische Spannung, die zwischen Serbien und Osterreich seit längerer Zeit besteht, hat sich im Laufe dieses Jahres auch auf die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ausgedehnt und beginnt allmählich auch das unmittelbare Interesse Deutschlands zu erregen. Die im vergangenen Jahre zwischen Serbien und Osterreich-Ungarn geführten Verhandlungen über die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen nach dem 1. März 1906 waren kurz vor Weihnachten abgebrochen worden, so daß seit dem 1. März d. J. an Stelle der Vertragsstarke die Sätze der autonomen Zolltarife in Anwendung kamen. Für die Einfuhr von Vieh, Geflügel und geschlachtetem Fleisch wurde die Osterreichisch-ungarische Grenze völlig gesperrt und auch Serbien bemühte sich nach Kräften, die Einfuhr aus dem Nachbarlande zu erschweren, es stellte sogar während einiger Tage die Zollabfertigung Osterreichisch-ungarischer Waren gänzlich ein. Im Laufe des März kam dann eine Vereinbarung zu Stande, durch die die Einfuhrbeschränkungen wieder aufgehoben wurden und das Prinzip der Meistbegünstigung zur Grundlage der einseitigen Regelung der Handelsbeziehungen gemacht wurde. Die sodann wieder aufgenommenen Handelsvertragsverhandlungen haben aber zu einem Ergebnisse nicht geführt; seit Anfang Juli behandeln sich beide Länder wieder nach dem autonomen Zolltarif, und die Viehsperre ist wieder in Kraft getreten. Die Differenzpunkte zwischen Serbien und Osterreich-Ungarn bestehen darin, daß letzteres eine Verpflanzung Serbiens verlangt, bei Vergütung staatlicher Lieferungen die Osterreichisch-ungarische Industrie bevorzugen zu wollen, während Serbien dieser Forderung nicht in dem gewünschten Umfang entgegenkommt. Nun hat Serbien einen neuen Versuch gemacht, mit Osterreich zu diskutieren. Die serbische Regierung ist anscheinend geneigt, mit Deutschland über eine Erweiterung des deutsch-serbischen Vertrages zu verhandeln, ohne aber bei der deutschen Regierung einen günstigen Boden zu finden. Der nötigen Rücksichtnahme auf Osterreich-Ungarn mag es entsprechen, daß Deutschland nicht die Initiative in dieser Richtung ergreift und sich zurückhält; die guten Beziehungen zu Osterreich sind uns mehr wert als ein paar kleine Vorteile in Serbien.

— Preiserhöhungen für Kohlen und Koks sind in der letzten Weiratsitzung des Kohlenyndikates beschlossen worden. Für das Geschäftsjahr 1907/08 wurden die Richtpreise für Kohlen um 1—1,50 Mk., für Koks um 1,50—2 Mk. pro Tonne erhöht. Ferner wurde die Quartalsumlage für das letzte Quartal dieses Jahres festgesetzt auf 7 Prozent für Kohlen (bisher 6 Prozent), 7 Prozent für Koks (bisher 9 Prozent), 4 Prozent (wie bisher) für Bricketts. Die neuen Richtpreise treten am 1. April 1907 in Kraft. Die Erhöhungen, die die neuen Richtpreise mit sich bringen, rechtfertigt der Weirat mit der andauernd erheblichen Steigerung der Selbstkosten der Zechen, für die ein Ausgleich in den heutigen Preisen nicht liegt. Die Erhöhung der Umlage für Kohlen finde ihre Erklärung hauptsächlich in dem Umstande, daß das Kohlenyndikat zur Entlastung des Inlandsmarktes erhebliche Mengen englischer Kohle zu erhöhten Preisen einzukaufen genötigt war. Die letzte Preiserhöhung des Kohlenyndikates, die im November vorigen Jahres vorgenommen wurde, betrug je nach der Sorte 20 Pf. bis 1 Mk. Um letzteren Höchstbetrag wurden damals u. a. Koksfolken erhöht, während die Kokspreise nur um 50 Pf. für alle Sorten gesteigert wurden. Im August dieses Jahres beschloß das Syndikat sodann, für Kokslieferungen von Kohlen und Koks einen Aufschlag von 1 Mk. pro Tonne zu erheben. Sofort nach Einführung dieses Beschlusses verlautete, daß im Syndikat sich eine starke Strömung dafür geltend mache, diesen Aufschlag im Jahre 1907/08 für alle Lieferungen nicht nur beizubehalten, sondern noch eine darüber hinausgehende Preiserhöhung vorzunehmen. Diese Leute haben nun gesiegt. Die heutigen Preise sind höher als die der Hochkonjunktur 1900/01. Da muß man fragen, ob das Kohlenyndikat nicht eine sehr kurzfristige Politik verfolgt, wenn es jetzt, wo es zum mindesten sehr unklar ist, nach welcher Richtung die wirtschaftliche Entwicklung strebt, ob nach vorwärts oder rückwärts, wesentliche Preiserhöhungen für die im April beginnende neue Geschäftsperiode vornimmt. Wenn zu jener Zeit, was zwar nicht zu hoffen, aber nach der jetzigen Sachlage immerhin in Mitberücksichtigung gezogen werden muß, ein Niedergang eingeleitet hat, so würde sich die Preiserhöhung des wichtigsten Rohstoffes für die Verbraucher besonders schwer fühlbar machen. Der Rückschlag würde sich verstärken, und schließlich würde auch das Kohlenyndikat selber davon betroffen werden. Eine vorsichtige Syndikatsleitung sollte vor allem darauf bedacht sein, die Kaufkraft ihrer Abnehmer nicht durch übertriebene Preisforderungen zu schwächen. Nun wollen wir